

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 6

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wieder einmal ist die Konzeption einer politischen Mission der Kirche nur vordergründig. Denn das Gebot wird zum Verbot, sobald die Mission nicht mehr dem marxistischen Lehrgehalt untergeordnet ist. Solidarität mit den Unterdrückten, aber klar. Nur bitte bloss als Solidaridad und ja nicht etwa als Solidarnosc.

Diesen Polen fehlt Anpassung

Wenn die Autoren den «Neokonservatismus» als «Phänomen» registrieren, dann reagieren sie wohl auf die Tatsache, dass in weiteren kirchlichen Kreisen die Begeisterung für marxophile Theologen abgeflaut ist. Dafür suchen sie allerdings nicht die Gründe, sondern die Schuldigen. Die Sündenböcke sind schon da. So hat man die polnische «konservative» Kirche und den Papst, die man für die «reaktionären» Tendenzen innerhalb der Kirche verantwortlich machen kann.

Peter Hebblethwaite unterstellt der polnischen Kirche erst einmal, dass sie sich selbst als Modell für die Gesamtkirche betrachte, und nimmt diesen von ihm erfundenen Anspruch als Thema zu seinem Aufsatz.

Als Zeugnis für seine Behauptung zitiert er zum Beispiel den Dichter Adam Mickiewicz (der mit der Kirche schwer verkracht war), oder er holt Worte einer Papstpredigt aus ihrem Zusammenhang in seine These vom Gegensatz zwischen den polnisch konservativen und den progressiven Elementen in der Gesamtkirche.

Nun, der polnische Katholizismus hat sich niemals als Vorbild nach aussen verstanden oder als führende Kraft in der Weltkirche. Polen hat dem Westen keinerlei Theologie oder katholische Philosophie aufgedrängt; die Strömung verlief immer umgekehrt. Dafür war und ist die polnische Kirche sehr ausgesprochen für das polnische

Volk da, und sie hat von daher ihre Besonderheiten entwickelt.

Peter Hebblethwaite hat von den tatsächlichen Problemen des Katholizismus in Polen keine Ahnung. Als einer, der im sozialistischen Polen aufwuchs und zur politischen Reife kam, will ich ihm ein bisschen nachhelfen.

Der wichtigste Unterschied zwischen dem Katholizismus in Westeuropa liegt im pastoralen Konzept, das die Kirche in Polen hat. Ihre seelsorgliche Tätigkeit war immer auf die unteren Gesellschaftsschichten gerichtet. Sie brachte das Wort des Evangeliums unter das notleidende Volk und konzentrierte sich weniger auf die elitären Gruppen. Das wurde durch besondere Umstände begünstigt, denn seit 1795 haben die Machthaber immer kirchenfeindliche Politik betrieben, seien es die Preussen, die Zaren, die Nazis oder die Kommunisten.

Wie kommt es, dass «progressive» Westtheologen eine instinktive Abneigung gegen eine Kirche haben, die durch ihre echte Verbundenheit mit dem einfachen Volk charakterisiert ist?

Die kirchliche Hierarchie in Polen ist auch nicht «triumphalistisch», wie das Hebblethwaite behauptet. Vielleicht kann er nicht vertragen, dass Volk und Kirche in Polen gegen die grossen

Massenbewegungen des 20. Jahrhunderts — den Faschismus, den Nationalsozialismus und den andern Sozialismus — immun geblieben sind. Aber für die Kirche ist das kein Grund zur Triumphfeier; ihre Gegenspieler haben selbst versagt. Das hat die Kirche immer wieder betont.

Die Nazis kamen als Vernichter; mit ihnen konnte man nicht zusammenarbeiten; man war ja Schlachtopfer. Volk und Kirche wählten den Widerstand. Der Sozialismus hat auch nicht viel anzubieten. Die grossen Worte von Gerechtigkeit und Gleichheit verblissen, wenn sie in eindeutigen Widerspruch zu dem stehen, was getan wird. Sozialismus ist eine Technik der Macht zur perfekten Beherrschung des Volkes. Volk und Kirche wurden Opfer des Systems.

Statt vom «Triumphalismus des Katholizismus in Polen» zu reden, sollte Herr Hebblethwaite lieber darüber nachdenken, warum die Leute mit Sozialismus-Erfahrung keinerlei Sozialismus-Begeisterung haben. Wenn ein Volk jahrzehntelang vor dem leeren Topf sitzen muss und dazu noch ständig das Geschwätz über die «sozialistischen Errungenschaften» zu hören kriegt, dann bleibt für die ganze Ideologie des Sozialismus nur noch Spott und Abscheu übrig. Für den Sozialismus schwärmen kann man nur noch in einem westlichen Concilium. ■

In Kürze

Deutsches...

In der DDR ist man sich nicht ganz im klaren darüber, ob der autofahrende Teil der Bevölkerung über zu viele oder zu wenige Pneus verfügt. Zu viele: Im DDR-Reifenkombinat von Fürstenwalde klagt der Generaldirektor, bisher habe man «Hunderttausende von Reifen volkswirtschaftlich unsinnig für Reserveregale in Garagen und Keller produziert». Zu wenige: Die Verkehrspolizei klagt, auf den Strassen seien immer wieder Autos mit vollkommen abgenutzten Reifen unterwegs. Die Diskrepanz erklärt sich. Neue Pneus werden nachtsüber von Dieben abmontiert, die tagsüber einen lukrativen Schwarzhandel betreiben; da bleiben die Automobilisten lieber profillos. Und die Lösung? Man will den freien Reifenverkauf künftig verbieten. Hoffentlich nützt das. Der Diebstahl ist schliesslich auch verboten.

In der DDR haben die Mädchen einen schlechten Einfluss. Sie halten die Burschen davon ab, Unteroffiziere (mit längerer Dienstzeit) oder Berufssoldaten zu werden.

Am 1. März hat die Nationale Volksarmee den 25. Jahrestag ihrer Gründung gefeiert. Wochen vorher und nachher wurde das mit militärischen Geländespielen für die Jugend, mit militärpolitischen Veranstaltungen und mit Garnisonsbällen unter Einbezug von Sowjetmilitärs begangen. Die Funktionäre waren angehalten worden, zu allem möglichst auch die Mädchen zu mobilisieren, deren Wehrmotiv der Festigung bedürfe. Manche Burschen pflegen ihre schon eingegangene Verpflichtung, Berufssoldat zu werden, wie-

der zurückzuziehen, weil ihre Freundinnen nicht einverstanden sind.

Die kommunistische Kinderorganisation der Jungen Pioniere gibt es auch in Westdeutschland, und ihre Führer halten erklärterweise nichts von antiautoritärer Erziehung. Der Bundesvorsitzende dieser DKP-Tochterorganisation, Achim Krooss, bestätigt das in einem Beitrag für die Funktionszeitschrift «Marxistische Blätter». Es gehe um planmässige und systematische Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins, und da sei es abzulehnen, die Kinder antiautoritär zu erziehen oder ihnen beim Umsetzen ihrer Ideen und Einfälle freien Lauf zu lassen. Wie schön stramm autoritär die Genossen doch werden, sobald sie erst einmal in der Lage sind, ihre Erziehungsansprüche zu verwirklichen. Den Jungen Pionieren in der Bundesrepublik gehören etwa 3000 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren an.

... und Diverses

Im Februar hat das Statistische Zentralamt in Prag die Ergebnisse einer Zählung vom 1. November 1980 veröffentlicht, die sowohl die Bevölkerung als den Wohnraum betraf. Am Stichtag zählte man in der CSSR 15 931 812 Einwohner, 6,5 Prozent mehr als 1970.

Die durchschnittliche Anzahl Personen pro Wohnung belief sich auf 3,1 und die durchschnittliche Wohnfläche auf 43,8 Quadratmeter, was durchschnittlich etwa 12 Quadratmeter pro Person ausmacht (um wieviel die Funktionsvillen den Durchschnitt hinaufheben, weiss man nicht).

Die Anzahl von Wohnungen mit Badezimmer und Zentralheizung hat «weiter zugenommen». Sehr gut sieht die Versorgung mit Haushaltgerä-

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 39.- jährlich (Ausland Fr./DM 42.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 25.-

(Ausland Fr./DM 28.-)

Einzelnummer Fr. 2.- (Ausland Fr./DM 2.50)

ten aus: Von allen Haushaltungen haben 87,1 Prozent einen Kühlschrank, 82,8 Prozent eine Waschmaschine und 87,3 Prozent einen Fernsehapparat.

Sofern die statistischen Angaben stimmen. Das ist kein billiger Vorbehalt, sondern ein nötiger. Seitdem polnische Statistiker offen die bisherige Fälschungspraxis ihres Amtes zugegeben haben (siehe ZB Nr. 23/1980), ist die Pflicht zur Skepsis sozialistisch beglaubigt.

Für die tschechoslowakischen Zahlen spricht immerhin, dass man bei gewissen Dingen von «weiteren Zunahmen» spricht und bei andern mit genauen Angaben aufwartet; fürs gleiche Geld könnte man überall ansehnliche Prozentsätze erfinden, wenn die Zahlen blosse Fiktion wären. Anscheinend hat man selektive Diskretion vorgezogen.

Wir haben, wie oben gesagt, im ZeitBild darüber berichtet, dass man in Polen die bisherige Fälschung von statistischen Angaben offen zugeibt. Da ist es nur recht und billig, dass wir auch von einem diesbezüglichen Dementi berichten. Die Warschauer Wochenzeitung RTW fragte einen Abteilungsleiter (zuständig für Landwirtschaft und Lebensmittel) im Statistischen Hauptamt: «Stimmt es, dass das Statistische Hauptamt bis anhin verpflichtet war, ungünstige Daten zu korrigieren?» Aber siehe, es stimmte nicht. Denn, so lautete die Antwort: «Die Korrekturen betrafen alle Daten.»

In Sofia hat das Unternehmen «Isot», das elektronische Rechenanlagen herstellt, seinen Produktionsplan für den Dezember letzten Jahres

nur zu 20 Prozent erfüllt. Der Grund war die verspätete Zulieferung von benötigten Einrichtungen durch andere Firmen. Um die sich die Betriebsleitung doch so rechtzeitig gekümmert hatte. Wie «Rabotnitschesko delo» (Sofia, 26. 1. 1981) ausführte: «Der Isot-Vizedirektor bemerkte schon (!) am 26. Dezember 1980, dass es mit der Produktion haperte. Er bat die Zulieferfirmen um Hilfe, erhielt aber keine Antwort.» Dafür erhielt er dann im neuen Jahr wenigstens einen Teil der Ware. Nämlich bis zum 22. Januar 4 von 14 «operativen Einrichtungen», die im Dezember hätten eintreffen sollen. Uebrigens: Die Planerfüllungsprämie kriegt die Belegschaft «natürlich» nur dann, wenn der Plan erfüllt wurde. Sonst fällt die Prämie aus, unabhängig davon, ob die Arbeiter etwas dafür können oder nicht. Aber vielleicht reicht es doch für einen Zustupf an die Direktion, weil sie schon nach 26 Tagen merkte, dass die Produktion in ihrem Betrieb stillstand.

In China hat sich der Lebensmittelverbrauch der Bauern gegenüber 1978 (dem Reformjahr auch auf dem Land; siehe letzte Nummer) 15,9 Prozent erhöht. Das jedenfalls zeigt sich als Ergebnis einer Repräsentativumfrage bei 10 000 Bauernhaushaltungen in 23 Provinzen («Beijing Rundschau», Nr. 4/1981). Gleichzeitig ist der Anteil der bäuerlichen Ausgaben für Nahrungsmittel von 67,7 auf 63,9 Prozent gesunken; die Bauern haben entsprechend (nicht zuletzt entsprechend ihrer wieder zugelassenen Privatwirtschaft) mehr Geld für Kleidung, Haushaltgeräte und Wohnung. «Viele Bauern kaufen wie die Städter Fahrräder, Radios, Nähmaschinen und Uhren.» Zum Teil, so fügt die Zeitung als Ergebnis der Untersuchung weiter an, seien die Einkommen

der Bauernfamilien noch sehr niedrig, besonders wenn etliche erwerbsunfähige Angehörige zu ernähren seien. In China gibt es heute rund 175 Millionen Bauernfamilien.

Argentinien kauft angereichertes Uran ebenso wie Schweres Wasser von der Sowjetunion. Das hat der Präsident der argentinischen Atomenergiekommission, Castro Madero, bekanntgegeben. Der Beschluss erfolgte, nachdem sich die USA geweigert hatten, den Argentinern die betreffenden Stoffe zu verkaufen, um das diktatorische Regime von Buenos Aires nicht zu unterstützen. Die Sowjets haben da keine Hemmung und helfen aus. Ihnen lastet es die progressive Weltöffentlichkeit ja nicht an.

In Beirut hat der PLO-Brigadegeneral Mohammed Ibrahim al-Shaier, Chef des PLO-Büros in Moskau, eine Dankesrede an die UdSSR gehalten. Sein Dank galt unter anderem ausdrücklich der Tatsache, dass Hunderte höherer palästinensischer Offiziere an sowjetischen Militärakademien ausgebildet werden. Auch etwas, was westliche Staatsmänner zur Kenntnis nehmen sollten, wenn sie PLO-Vertreter empfangen.

Akutfall in Polen

Mit dem Frühlingsbeginn wurde in Polen die Krise wieder akut.

Während die sowjetischen Panzer und Helikopter zu ihren gemeinsamen Manövern mit polnischen Truppen aufgefahren waren, drohte nach einem polizeilichen Losschlagen in Bromberg (Bydgoszcz) der Generalstreik. Gespräche zwischen Regierung und Solidarnosc wurden dringend aufgenommen, aber noch vertagt. Die Parteiführung gab Anarchie-Alarm; Kardinal Wyszynski mahnte in einem Aufruf zur Besonnenheit.

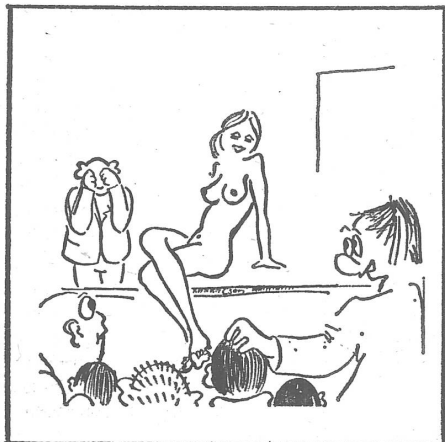
Zur gefährlich gespannten Lage war es gekommen, als letzte Woche die Legislative von Bromberg tagte. Der Vorsitzende machte unerwünschten Debatten durch Sitzungsabbruch ein Ende, und als die meisten Abgeordneten diesen Entschluss anfochten, führte die Polizei die Räumung als Schlägertruppe durch. Unter anderem wurden zwei Solidarnosc-Vertreter spitalreif geschlagen.

Das war der Anlass zu erneuten Streikparolen und erneuten Verhandlungen in letzter Minute. Die Solidarnosc darf es nicht zulassen, dass das mit Ministerpräsident Jaruzelski vereinbarte Moratorium von 90 Tagen einseitig zur polizeilichen Gelegenheit wird, das Rad wieder zurückzudrehen. Und von den freien Gewerkschaften abgesehen: die Bevölkerung lässt es ohnehin nicht zu. Sie hat genug vom Doppelspiel und will hier einfach nicht mehr mitmachen.

Von der andern Seite her betrachtet: Wer braucht die Provokation und wozu? Die Sowjets haben in den letzten Wochen den Casus belli allgemein ausgebreitet: gefälschte Berichte über «bewaffnete Gewalt» der Solidarnosc, über CIA-Umtriebe in Polen. Fehlt ihnen bloss noch der unmittelbare Vorwand?

Weil in Ungarn zu viele Mitglieder die Parteiversammlungen zu schwänzen pflegen, hat man oben die Losung ausgegeben, die Parteiversammlungen seien attraktiver zu gestalten, und diese Empfehlung wird in der Presse fleissig wiederholt.

Die Budapester Monatszeitschrift «Ifjukkommunista» (Der junge Kommunist) hat in ihrer Februarnummer 1981 das Thema auf ihre Weise behandelt, mit einer Karikatur:



Machen wir es attraktiv ... «Ich freue mich, dass ihr alle gekommen seid, und eröffne die Parteiversammlung.»

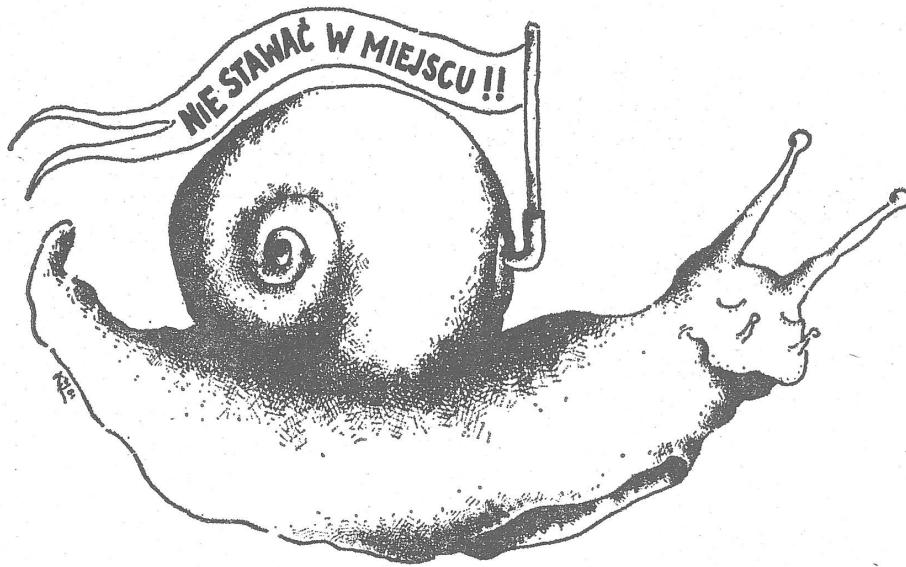
Ist der legere Umgang mit der tabuisierten Institution der Partei am Ende gar von Polen beeinflusst? Eigentlich nicht; der Witz passt trotz seiner Despektierlichkeit zur Duldung der «kleinen Freiheiten» in Ungarn; er führt nicht zur politischen Kontroverse, sondern lenkt eher von ihr ab, nach dem Motto: Nehmt die Sache nicht so wichtig. Lieber ein Schnöden auf die leichte Tour zulassen, als auf ernsthafte Anfechtung warten.

In Polen hat die Parteiführung den Versammlungen ihrer Grundorganisationen zurzeit ganz anderes vorzuwerfen als mangelnde Attraktivität oder zu schwachen Besuch. Denn was die «ge-

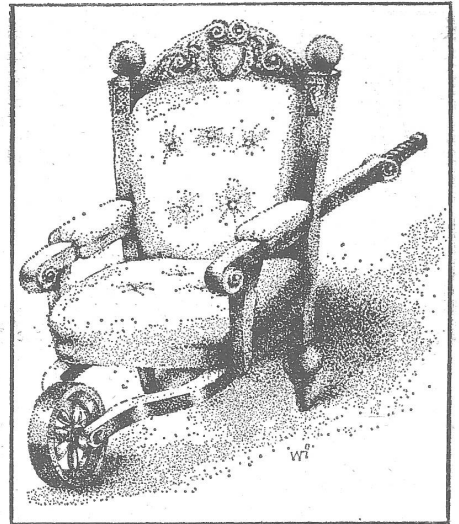
Der Antipolitwitz

wöhnlichen Mitglieder» dort alles diskutieren, widerspricht den Usancen des «demokratischen Zentralismus»; so verlangt man geheime Wahl der Delegierten für den kommenden ausserordentlichen Parteikongress. Das würde höchste Gefahr für die Kandidaten der Parteizentrale und einen nicht vorausbestimmbaren Kongressverlauf bedeuten. Kein Wunder, dass die Einberufung des Parteitages immer wieder hinausgeschoben wird; inzwischen werden die Grundorganisationen zur Wiederbesinnung auf die Parteidisziplin angehalten. Die Sorgen mit den «Alternativvorstellungen» der ungarischen Versammlungsteilnehmer, die möchte man im Warschauer Politbüro gerne haben.

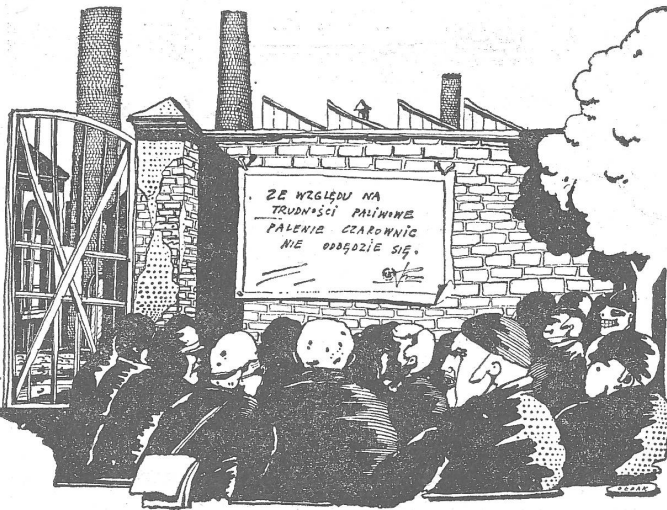
Langsam bis makaber



Nicht stehenbleiben! (15. 2. 1981)



Amstssessel heute. (22. 2. 1981)

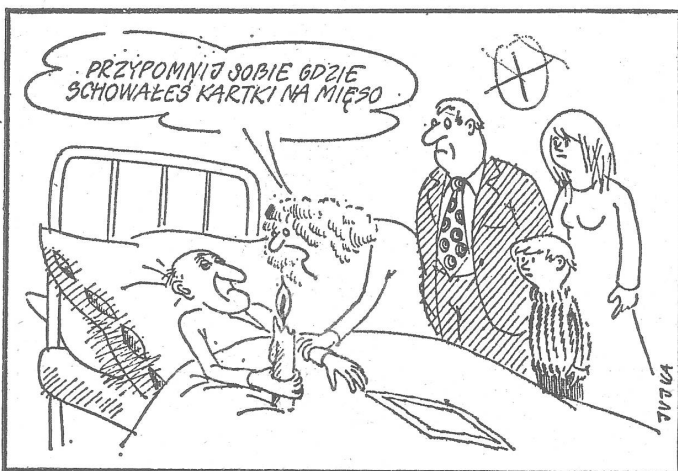


Wegen Brennstoffmangel findet die Hexenverbrennung nicht statt. (22. 2. 1981)



Im Sozialismus gibt es keine Sünde: «Natürlich ist der Apfel nicht da», sagt die Schlange. (1. 3. 1981)

«Szpilki»,
Warschau



Die letzte Frage am Sterbebett: «Weisst du noch, wo du die Bezugskarte für Fleisch versteckt hast?» (15. 2. 1981)



Der Schwur. (1. 3. 1981)